

Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

rückwirkend zum 1. Januar wird das Kindergeld um vier Euro je Monat aufgestockt. Ab dem kommenden Jahr gibt es dann weitere zwei Euro mehr. Betroffen sind weit mehr als zehn Millionen Kinder. Gleichzeitig wird der steuerliche

Grundfreibetrag in diesem Jahr um 118 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180

Euro erhöht. Der Kinderfreibetrag soll um 144 Euro im Jahr 2015 und um weitere 96 Euro im Jahr 2016 steigen. Die Bundesregierung setzt damit die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung der steuerlichen Freibeträge um.

Das tragische Flugzeugunglück über den französischen Alpen macht uns alle schwer betroffen. Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei den Angehörigen der 150 Opfer. Im Bundestag haben alle Abgeordneten den von diesem Unglück betroffenen Menschen gedacht.

Als großen Erfolg hat sich das vor zwei Jahren eingerichtete Hilfefon für von Gewalt betroffenen Frauen erwiesen. Die Zahl der Kontakte hat sich gegenüber dem ersten Jahr

auf 100.000 verdoppelt. Besonders positiv entwickelt hat sich die Online-Beratung. Hier ist die Zahl der Chats von 250 auf 763 gestiegen. Für die Beratungen unter der kostenlosen Nummer 08000 116 016 stehen 60 Frauen rund um die Uhr zur Verfügung.

Eine anregende Lektüre wünsche ich

Ihnen

Ihr Martin Patzelt

Reduktion des CO2-Ausstoßes bei Kohlekraftwerken

In einer Pressemitteilung haben mein Bundestagskollege Hans-Georg von der Marwitz und ich die Pläne des Wirtschaftsministeriums zur Beteiligung veralteter Kohlekraftwerke an den Einsparungen begrüßt. 40 Prozent weniger CO2-Emissionen bis 2020, dieses nationale Klimaziel muss eingehalten werden. Nach derzeitigem Stand liegt Deutschland mit 62 bis 100 Millionen Tonnen CO2-Ausstoß über der vereinbarten Zielmarke. Wenn wir es mit den Einsparzielen ernst meinen, müssen

wir diese Emissionen reduzieren. Gleichzeitig brauchen wir Strukturprogramme für die betroffenen Regionen, um soziale Härten zu vermeiden. Ähnlich wie im Ruhrgebiet müssen wir Perspektiven für ein Zeitalter nach der Kohle entwickeln. Je früher, desto besser! Seit Jahren befinden sich die Erneuerbaren Energien im Aufwind. Auch der Ausstieg aus der Atomenergie verläuft in geordneten Bahnen. Lediglich der Handel mit Treibhausgasemissionen bleibt hinter den Er-

wartungen zurück. Auf europäischer Ebene verfehlt der Zertifikatehandel sein Ziel, schädliche Abgase zu reduzieren sowie umweltfreundliche und effiziente Technologien zu fördern. Vor diesem Hintergrund bietet eine Sonderbeteiligung von veralteten Kohlekraftwerken eine gute Möglichkeit, unsere nationalen Klimaziele zu erreichen und Innovationen anzuregen, ohne Investitionen zu gefährden. Denn die Anlagen aus den 70er und 80er Jahren sind längst abgeschrieben.

35 Jahre „Adenauer Exchange“



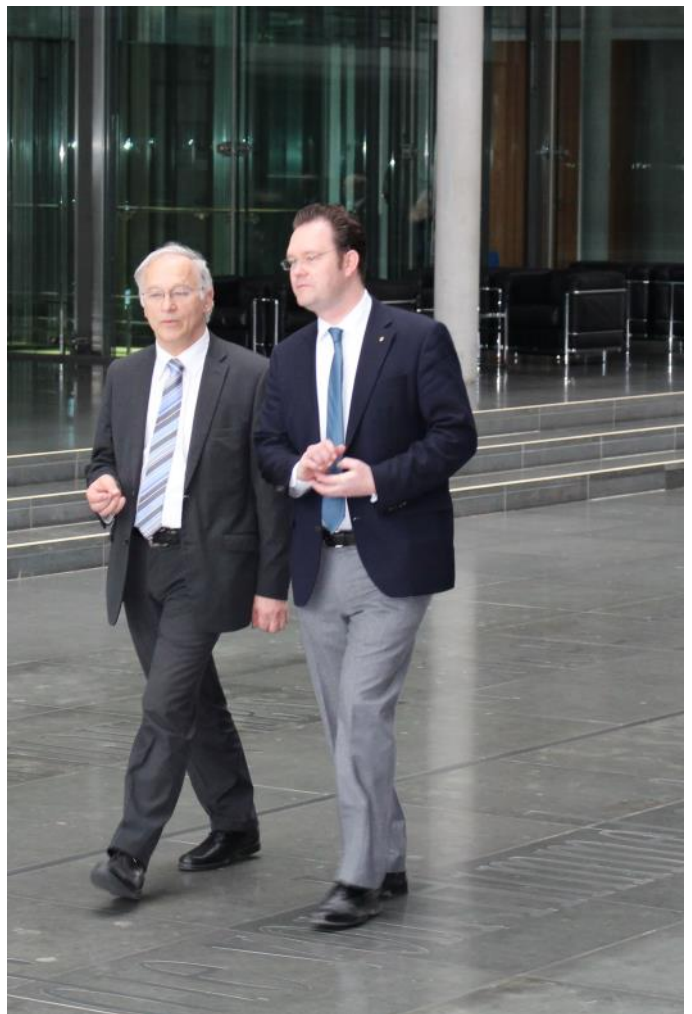
Vor 35 Jahren wurde der sogenannte „Adenauer Exchange“ durch die Konrad-Adenauer-Stiftung und das American Jewish Committee ins Leben gerufen. Im Rahmen des jährlich stattfindenden Austauschs haben seither rund 800 Teilnehmer aus den USA und Deutschland sich gegenseitig besucht, um das

amerikanisch-jüdisch-deutsche Verhältnis zu pflegen – sich auszutauschen, miteinander zu reden und voneinander zu lernen.

1991 wurde es mir ermöglicht, an dem Austausch teilzunehmen. Die Begegnungen, Gespräche und Eindrücke mit Juden waren für mich prägend und ein wichtiger Impuls, mich insgesamt mit der jüdischen Geschichte und dem Staat Israel persönlich neu auseinander zu setzen. In der DDR wurde mir eine falsche und verkürzte Sicht auf Israel vermittelt. So barg der Austausch für mich die Möglichkeit, die verquere Sicht, die mir durch das kommunistische System vermittelt wurde, endlich in einer authentischen Begegnung zu überwinden. Ich bin dem „Adenauer Exchange“ daher

sehr dankbar und unterstütze gerne diese Partnerschaft zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem American Jewish Committee. Sie sind ein konkretes und hilfreiches

Mittel, Begegnungen zu ermöglichen, die Freundschaft zwischen Deutschen, Israelis und Amerikanern zu pflegen und damit nicht dem Zufall zu überlassen.



Mit CDU-Kollege Tankred Schipanski im Gespräch über unsere gemeinsamen Erfahrungen beim „Adenauer Exchange“.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Die UN-Friedensmission UNMISS schützt 1,5 Millionen Binnenvertriebene im Südsudan

Momentan sind rund 60.000 Tote im Konflikt im Süd-Sudan zu beklagen. Man schätzt die Zahl der Binnenvertriebenen auf 1,5 Millionen Menschen.

Die mit Zustimmung des Deutschen Bundestages 2011 im Südsudan stationierte UNMISS (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) dient dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Beobachtung der Menschenrechtssituation sowie der Sicherstellung des

Zugangs humanitärer Hilfe. Auch 16 deutsche Soldaten sind dort im Einsatz, um in dieser Konfliktsituation mit erschreckenden Menschenrechtsverletzungen den Schutzsuchenden Menschen in UNMISS-Flüchtlingslagern Hilfe zu leisten.

Dadurch konnte im vergangenen Jahr vielen Menschen das Leben gerettet werden. Obwohl sich die Konfliktparteien am 23. Januar 2015 auf einen Waffenstillstand geei-

nigt hatten, sind die Verhandlungsrunden inzwischen wieder verhärtet.

Ich schätze – wie alle Mitglieder des Menschenrechtsausschusses – diesen wertvollen Menschen rettenden Friedenseinsatz unserer Soldaten und begrüße alle weitergehenden Unterstützungen der Bundesregierung bei der Suche nach Verhandlungslösungen in diesem Konflikt.

Gesetzliche Grundlage für das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin

Im März 2001 wurde das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mit Sitz in Berlin auf Empfehlung des Deutschen Bundestages gegründet. Als unabhängige professionelle Institution soll es sowohl die nationale als auch die internationale Menschenrechtssituation fördern.

Zu seinem Aufgabengebiet gehört neben der Forschung und Politikberatung die menschenrechtsbezogene Bildungsarbeit sowie die internationale Zusammenarbeit mit anderen nationalen Menschenrechtseinrichtungen.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, konnten wir nun nach intensiven Verhandlungen mit dem Koalitionspartner die Voraussetzung dafür schaffen, dass das DIMR die noch ausstehende vereinbarte sichere Grundlage nach den sogenannten Pariser Prinzipien erhält.

Das DIMR bleibt ein eingetragener Verein, dessen Finanzierung nun auf eine solide und transparente Grundlage gestellt wird und künftig, statt aus vier verschiedenen Haushalten, zentral über den Etat des Deutschen Bundestages finanziert wird.

Damit wird die Finanzierung transparenter. Ab jetzt soll das DIMR dem Bundestag jährlich zu seiner Arbeit und der Menschenrechtsentwicklung in Deutschland berichten.

Auch die Pluralität der Gremien wird verbessert, so dass sie die Breite der gesellschaftlichen Debatte abbildet. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde in der Koalition beschlossen und in dieser Woche in erster Lesung ins Plenum eingebracht.